

Frankfurter Rundschau

PFLANZENSCHUTZMITTEL

Wirtschaft - 19.07.2015

Streit um Glyphosat geht weiter

Von Stefan Sauer



Am 23. Mai gab es weltweit Demonstration gegen den US-Agrarkonzern Monsanto.
Foto: rtr

Seit langem tobt ein Streit, ob das Pflanzenschutzmittel Glyphosat krebserregend ist. Eine deutsche Behörde verhält sich dabei äußerst fragwürdig.

Leserbriefe an Zeitungen geben im Regelfall subjektive Meinungen wider. Viele Menschen schreiben sie, weil sie sich über einen Artikel geärgert haben; oft sind sie dabei hochemotional, manchmal haben sie Recht, manchmal auch nicht – selten allerdings basieren ihre Meinungen auf wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen.

Egal, dachten sich offenbar Mitarbeiter des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), welches dem Bundeslandwirtschaftsministerium unterstellt ist. Wie nun bekannt wurde, nutzte die Behörde Leserbriefe an die Fachzeitschrift „Food and Chemical Toxicology“, um die von ihr seit langem proklamierte gesundheitliche Unbedenklichkeit des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat zu untermauern.

Nach eigenen Angaben hat die BfR Hunderte Studien ausgewertet und kam anschließend, anders als andere Wissenschaftler, zu dem Schluss: Glyphosat ist nicht krebserregend. Einen Teil dieser Studien hat das Landwirtschaftsministerium auf Anfrage der Grünen Ende Juni namentlich benannt. Diese Liste mit 92 Titeln untersuchte nun die „Süddeutsche Zeitung“ und fand heraus: 14 davon waren gar keine wissenschaftlichen Expertisen, sondern Leserbriefe an das Fachmagazin. Davon wiederum kamen zehn direkt von Mitarbeitern des Agrar- und Gentechnikkonzerns Monsanto, oder aus dessen Umfeld. Ein Skandal – und ein erneutes Indiz dafür, dass die BfR-Mitarbeiter ihre Arbeit nicht gerade objektiv erledigen. Dabei hängt von ihren Entscheidungen die Gesundheit von Millionen von Menschen ab.

Glyphosat ist weltweit das Unkrautvernichtungsmittel Nummer eins. Das vom US-Agrar-Konzern Monsanto entwickelte Mittel ist seit 1974 auf dem Markt und galt lange als unbedenklich. In jüngerer Vergangenheit ist die Substanz allerdings als Auslöser schwerwiegender Erkrankungen in Verdacht geraten. Erst im März stufte die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) der WHO Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Auch Schädigungen des Erbguts sind laut IARC nicht auszuschließen.

Man könnte also annehmen, der Einsatz des Unkraut-Vernichters stehe zur Disposition oder werde zumindest stark eingeschränkt. Tatsächlich ist genau das Gegenteil der Fall: Die Zulassung von Glyphosat in der EU soll Anfang 2016 um weitere zehn Jahre verlängert und dabei der zulässige Grenzwert um fast 70 Prozent angehoben werden.

Verantwortlich sind namhafte Bundesbehörden. Bereits Ende 2013 verschickte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) einen mehr als 1000-seitigen Bericht an die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA, in dem die Zulassung von Glyphosat bis 2025 befürwortet wurde. Maßgeblich an der Expertise beteiligt waren neben dem BVL, das Umweltbundesamt und eben das BfR.

Deren Stellungnahmen haben in Brüssel kaum zu unterschätzendes Gewicht, da die Bundesrepublik in der EU der zuständige Berichterstatter für Glyphosat ist. Was die deutschen Behörden empfehlen, ist faktisch vorentscheidend für das Votum der EFSA. Das BfR gelangt zu dem Ergebnis, gesundheitsschädliche Wirkungen des Herbizids seien nicht nachweisbar. Giftig für den Menschen sei das Mittel nur in extrem hohen Dosierungen, die weit über den geltenden Grenzwerten lägen.

An dieser Position änderte auch der Krebsalarm der IARC nichts. Ende März 2015 ließ das BfR wissen, die Warnung der WHO-Organisation basiere auf nicht aussagekräftigen Untersuchungen. „In der Gesamteinschätzung“, so das BfR, habe sich „kein gesicherter Zusammenhang“ zwischen Glyphosat und einem erhöhten Krebsrisiko ergeben. Die akzeptable tägliche Aufnahmemenge für den Menschen könne gefahrlos heraufgesetzt zusetzen. Konkret nennt das BfR einen Grenzwert von 0,5 Milligramm Glyphosat pro Kilogramm Körpergewicht. Bisher liegt die zulässige Höchstmenge bei 0,3 Milligramm.

Dass das BfR seine Empfehlungen nicht unbedingt nur aus wissenschaftlichen Erkenntnissen ableitet, zeigte schon ein Beispiel vom Januar 2012. Damals hatte der Glyphosat-Produzent Monsanto beantragt, die zulässige Glyphosat-Menge in Linsen um das 100-fache zu erhöhen. Das Bundesinstitut nahm die Forderung auf und leitete sie an die EFSA weiter, einschließlich der dann auch erfolgreichen Empfehlung, dem Ansinnen zu entsprechen. Bereits Ende der 90er Jahre war der Glyphosat-Grenzwert für Sojabohnen um das 200-fache pro Kilo angehoben worden.

Die Bundesregierung sieht daran nichts kritikwürdiges. Einer Stellungnahme aus dem Jahr 2011 zufolge „sind Änderungen an Rückstandshöchstgehalten in der Regel durch die landwirtschaftliche Praxis bedingt“. Soll heißen: Die Höhe des Grenzwerts hängt davon ab, wie viel die Bauern spritzen. „Das ist ein übliches und auch unproblematisches Verfahren, weil die Grenzwerte um ein Vielfaches unterhalb der nachweisbar gefährlichen Dosierung liegen und daher angepasst werden können, wenn sich die landwirtschaftliche Praxis ändert“, sagt BVL-Sprecher Andreas Tief.

Unproblematisch? Die Vize-Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Bärbel Höhn, sieht das anders. Die deutschen Behörden folgten offenbar der Linie der EFSA, die Gefahren von Glyphosat zu verharmlosen: „Mein Eindruck ist, dass der EFSA die Interessen der Industrie näher sind, als die der Verbraucher. Grenzwerte werden an wirtschaftliche Erfordernisse angepasst und durch Studien unterlegt, die von der Industrie finanziert werden“, sagte sie, schon bevor der jetzige „Leserbriefe-Skandal“ publik wurde.

Es geht eben nicht nur um Verbraucherschutz, sondern auch um Geld. Beispiel Linse: Mittlerweile hat Kanada Indien als weltweit größter Produzent und Exporteur der Hülsenfrucht abgelöst. Dafür mussten die Kanadier ein grundlegendes Problem in den Griff bekommen: Das eher kühle, feuchte Klima ist der Reifung nicht förderlich, die Linse muss zum Zeitpunkt der Ernte trocken sein und hart.

Dabei hilft Glyphosat, das als „Totalherbizid“ alle blatttragenden Pflanzen abtötet und daher eigentlich vor der Aussaat eingesetzt wird, um Unkräutern ein Ende zu bereiten. Anders im kanadischen Linsenanbau: per Flugzeug auf den Äckern verteilt, macht die Substanz den Linsenpflanzen den Garaus und lässt die Hülsenfrüchte gleichmäßig bis zur Erntereife trocknen. Bei diesem Verfahren werden weit größere Mengen von Glyphosat ausgebracht als in der Unkrautbekämpfung.

Die Linsen weisen daher hohe Rückstände auf. Ein Export nach Europa wäre nach den bis 2012 geltenden Grenzwerten nicht mehr möglich gewesen – weshalb Monsanto die Grenzwertanhebung veranlasste. Monsanto spielt auch beim Thema Soja die zentrale Rolle. Das Unternehmen hat gentechnisch veränderte Sojabohnen und andere Pflanzen entwickelt, die gegen Glyphosat resistent sind. Das Herbizid kann während der gesamten Wachstumsphase zur Unkrautvernichtung ausgebracht werden, ohne den Gen-Pflanzen etwas anzuhaben.

In den USA hat der Glyphosat-Einsatz daher enorm zugenommen. Nach Bekanntwerden der Daten Anfang April kündigte die US-Umweltbehörde EPA aber an, die Anwendung des Herbizids mit strengeren Richtlinien dauerhaft einschränken zu wollen.

Dass dies in Deutschland und Europa bis auf weiteres nicht zu erwarten ist, liegt nach Ansicht der BUND-Gentech-Expertin Martha Mertens auch dran, dass BfR und BVL „nicht wirklich unabhängig von äußeren Einflussnahmen sind“. Bestätigt wird diese Einschätzung vom industrieunabhängigen Institut Test-Biotech: In der BfR-Expertenkommission für Pestizide saßen zahlreiche Vertreter der Herstellerfirmen, die die Stellungnahmen der Behörde beeinflussten. Beide Experten äußerten sich gegenüber der FR, bevor der jetzige Skandal aufgefliegen ist. „Die Zulassung von Glyphosat muss ausgesetzt werden bis die Gesundheitsrisiken dieses Gifts geklärt sind. Jetzt muss wirklich Schluss sein mit der Glyphosat-Verharmlosung“, fordert die Grüne Höhn.

Das BfR äußerte sich gegenüber der „SZ“ übrigens in die Richtung, dass an der Verwendung von Leserbriefen nichts verwerflich ist. Beurteilt werde alleine die wissenschaftliche Qualität der zugrunde liegenden Studien und Daten, nicht aber die Herkunft der Informationen. Für die Behörde ist es demnach also egal, ob von ihr verwendete Informationen, die über die Gesundheit von Bürgern entscheiden können, interessengetrieben sind, oder nicht.

Glyphosat ist überall

In Deutschland wurden 2012 nach Angaben des Umweltbundesamts knapp 6000 Tonnen Glyphosat ausgebracht. Eine Studie der Universität Göttingen aus dem Jahr 2012 zeigt, dass hierzulande 87 Prozent der Anbauflächen für Winterraps mit Glyphosat behandelt werden. Für Hülsenfrüchte liegt der Anteil bei 72 Prozent, für Wintergerste sind es 66 Prozent, für Sommergetreide 42 Prozent. In Deutschland sind 73 unterschiedliche Produkte zugelassen, die Glyphosat enthalten. Anbieter sind neben nordamerikanischen und fernöstlichen Unternehmen auch Bayer, BASF und der Schweizer Konzern Syngenta.

Der BUND stellte 2013 in einer Stichprobe in 18 EU-Ländern bei etwa der Hälfte der städtischen Bevölkerung Glyphosat-Rückstände im Urin fest. In Deutschland lag die Quote sogar bei 70 Prozent. Allerdings war die Anzahl der getesteten Personen mit 181 zu gering, um zu repräsentativen Ergebnissen zu gelangen. Das gilt auch für die Untersuchung der Muttermilch von 16 stillenden Frauen aus neun Bundesländern, die die Grünen im Juni veröffentlichten: In allen Proben waren Glyphosat-Rückstände gefunden worden, die den zulässigen Grenzwert für Trinkwasser um das zwei- bis vierfache übertrafen. Dagegen geht das BfR bisher davon aus, dass über die Nahrung aufgenommenes Glyphosat mit dem Urin rasch wieder ausgeschieden wird und nicht in die Milch gelangt.

Die Zeitschrift Ökotest ließ 2013 Mehl, Backwaren und Haferflocken auf Glyphosat-Rückstände untersuchen. In 14 von 20 Proben wurde das Labor fündig. (sts)

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/wirtschaft/pflanzenschutzmittel-streit-um-glyphosat-geht-weiter,1472780,31257600.html>

Copyright © 2015 Frankfurter Rundschau